IWH
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Pressemitteilung 10/2026

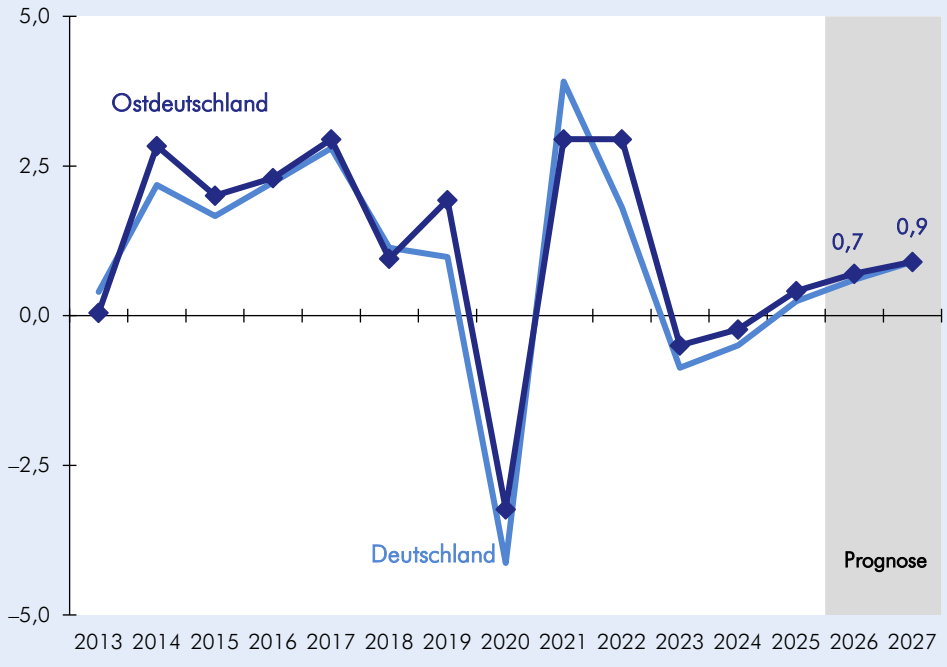
Halle (Saale), den 1. April 2026

Produktionszuwächse in Ostdeutschland geringfügig höher als im Westen

Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2026 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

Im Jahr 2025 hat die ostdeutsche Wirtschaft um 0,4% expandiert, etwas schneller als in Deutschland insgesamt (0,2%). Für das Jahr 2026 rechnet das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) für Ostdeutschland mit einem Zuwachs von 0,7% (Deutschland: 0,6%). Die Arbeitslosenquote dürfte nach 7,8% im Jahr 2025 im laufenden Jahr 7,9% betragen.

Abbildung
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; Statistisches Bundesamt; ab 2026 Prognose der Institute.

Sperrfrist:
1. April 2026, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Arbeitsmarkt, Bruttoinlandsprodukt, Dienstleistungen, Energiepreis, Iran-Krieg, Konjunktur, Konvergenz, Ostdeutschland, Ost-West-Vergleich, Prognose, Verarbeitendes Gewerbe

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem Frühjahrsgutachten, dass in Deutschland nach einer langjährigen wirtschaftlichen Schwächephase im Verlauf des vergangenen Jahres eine Erholung eingesetzt hat. Der vom Iran-Krieg ausgelöste Energiepreisschock dürfte die Erholung dämpfen, sie aber wegen des expansiven finanzpolitischen Kurses nicht vollständig zum Erliegen bringen. Gleiches gilt auch für die ostdeutsche Wirtschaft. Im Jahr 2025 hat sie mit 0,4% etwas stärker expandiert als in Deutschland insgesamt (vgl. Abbildung). Wie schon in den Jahren zuvor hat der deutliche Zuwachs der Berliner Wirtschaft (1,1%) den Unterschied gemacht, und ebenfalls wie in den vergangenen Jahren hat vor allem die Wertschöpfung im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe sowie Information und Kommunikation in Ostdeutschland stärker zugelegt als in Westdeutschland.

Die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes sank in Ostdeutschland im Jahr 2025 etwas weniger als in Deutschland insgesamt (–0,8% gegenüber –1,0%), aktuelle Daten zu Umsätzen und Aufträgen deuten aber darauf hin, dass die Lage der Industrie im Osten gegenwärtig nicht mehr günstiger ist als im Westen. Auch deshalb dürfte die Wirtschaft im laufenden Jahr mit 0,7% nur wenig stärker expandieren als in Deutschland insgesamt (0,6%). Für das Jahr 2027 wird für beide Wirtschaftsräume ein Zuwachs von 0,9% prognostiziert. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote dürfte im laufenden Jahr mit 7,9% etwas höher liegen als zuletzt und im Jahr 2027 wieder auf 7,8% zurückgehen.

„Der Energiepreisschock wird die Wirtschaft in Ostdeutschland wohl in etwa so stark belasten wie die in Deutschland insgesamt“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am IWH. Zwar sind die Preise für Energie für das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe etwas wichtiger als für das im Westen, denn der Anteil der energieintensiven Wirtschaftszweige am gesamten Verarbeitenden Gewerbe ist etwas höher.[1] Andererseits haben aber die vom Energiepreisschock weniger betroffenen Dienstleistungen im Osten mit 75% einen höheren Anteil an der gesamten Wertschöpfung als in Deutschland insgesamt (71%).

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026:
Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen. München, April 2026.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

[1] Der Anteil der energieintensiven Wirtschaftszweige Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken, Textilien, Papier und Pappe, Chemie, Glas, Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie Metallerzeugung und -bearbeitung am gesamten Verarbeitenden Gewerbe ist, gemessen an der Bruttolohn- und Gehaltssumme, in Ostdeutschland (ohne Berlin) mit 28% höher als in Deutschland insgesamt (22%, Zahlen aus dem Jahr 2024).

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)
Tel +49 345 7753 60
www.iwh-halle.de

Das IWH auf Bluesky
Das IWH auf LinkedIn
Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.